

abgelehnt würde. Insbesondere müßte der ganze Vorschlag über die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung fallen; denn der ist für die Sozialdemokratie auch in abgeschwächter Form ganz unerträglich.

Man muß deshalb ernstlich damit rechnen, daß Ende dieser oder Anfang nächster Woche im Reich die schon lange latente Regierungskrise endlich zum Ausbruch gelangt. Es ist zweifellos, daß das im gegenwärtigen Augenblick unmittelbar vor der Verabschiedung des Haager Abkommens eine außerordentlich schwierige und unangenehme Situation schafft. Zum mindesten, das heißt, wenn die Sache noch verhältnismäßig flott geht, kann dadurch die Verabschiedung des Haager Abkommens um weitere Wochen verzögert werden. Wie die zweite vorstehende Nachricht zeigt, ist ja jetzt schon wieder eine Verzögerung um eine Woche eingetreten. Die Gefahr ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß eine rechtzeitige Ratifizierung des Young-Plans vor dem 1. April unter diesen Umständen nicht mehr möglich sein wird. Denn es erscheint uns ziemlich selbstverständlich, daß die anderen Mächte, insbesondere Frankreich, Belgien und England, erst ratifizieren werden, wenn Deutschland das Abkommen bereits ratifiziert hat, zumal jetzt, nachdem die Frage der Ratifikation des polnischen Liquidationsabkommens sich so zugespitzt hat.

Man kann sehr deutlich erkennen, wie verzweifelt es gemein ist, daß die übrigen Parteien so lang- und kläglich dem Verlangen des Zentrums nachzugeben haben, daß die Finanzfragen vor der Verabschiedung des Young-Plans entschieden werden müßten. Daß es so kommen würde, wie es jetzt zu kommen droht, konnte man sich doch schon vorher sagen. Wir haben jedenfalls schon vor Wochen darauf hingewiesen. Denn es ist schon seit Monaten klar, daß die Gegensätze zwischen den Koalitionsparteien der gegenwärtigen Reichsregierung in den Steuerfragen so groß sind, daß eine Einigung darüber kaum möglich sein wird. Es war deshalb von vornherein eine schwere Gefährdung des Young-

Plans überhaupt, wenn man die Annahme des Young-Plans von der Erledigung der Finanzfragen abhängig machte. Leider hat auch unsere Reichstagsfraktion in dieser Frage wiederum eine fadenscheinige Schwäche bewiesen. Obwohl durch unsere offizielle Pressestelle selbst mehrfach betont wurde, daß es unmöglich sei, dem Verlangen des Zentrums nachzugeben, sollte man die Verabschiedung des Young-Plans nicht gefährden, ist es doch schließlich geschehen, obwohl unseres Erachtens keinerlei Zwang vorlag, etwa um der Annahme des Young-Plans willen so zurückzuweichen. Das Zentrum wäre, wie hier wiederholt betont worden ist, in einer völlig unmöglichen Situation gewesen, wenn die übrigen Koalitionsparteien darauf bestanden hätten, daß zunächst der Young-Plan verabschiedet werde, es werde dem Zentrum freigestellt, ob es für den Young-Plan stimmen will oder nicht. Das Zentrum hätte dann für ihn gestimmt und stimmen müssen, hätte es sich nicht selbst vor aller Welt lächerlich machen und seine jahrelange Außenpolitik vor der Bevölkerung verweigern wollen, ja, hätte es nicht den schweren Vorwurf auf sich ziehen wollen, daß die Sanierung der deutschen Finanz an seiner Starrköpfigkeit gescheitert sei. Denn ohne Annahme des Young-Plans ist an eine Sanierung der Finanzen, wie jeder Mann weiß, nicht zu denken. Wir müssen deshalb heute wiederholen, was wir schon im Dezember mehrfach zu sagen leider gezwungen waren, angesichts der monatelangen Nachgiebigkeit unserer Reichstagsfraktion in den Finanzfragen, die zu der unmöglichen Finanzlage geführt hat, die dann der Fraktion Ende des Jahres jede Entscheidungsfreiheit nahm: daß nämlich mit einer Politik der Nachgiebigkeit und Schwäche nichts zu erreichen ist, daß man sich nur durchsetzen kann, wenn man fest auf seinem Willen bestehen bleibt und nicht immer Scheu vor den Möglichkeiten hat, die eventuell kommen könnten, wenn man sich einmal dazu rauft, ein entschlossenes Nein auszusprechen.

heiratet hat, ist nicht nur entlassen, sondern auch bei der Sozialdemokratie angeklagt worden. In der Befreiung älterer Beamter von körperlichen und Waffenübungen ist man noch immer zu ängstlich. Namentlich auf den Volksschulen in Brandenburg und Hannover-Münden ist der alte Drill ausgezeichnet übermunden worden. Wir werden weiter vorwärts treiben auf dem Wege zur wahren Volkspolizei. (Lebhaftester Beifall bei den Soz.) Weiterberatung Donnerstag.

Expressepolitik der Demokraten

Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages betreibt in den letzten Tagen eine Expressepolitik. Sie versucht, die Befreiung der Oberpräsidenten in Kassel und Stuttgart in ihrem Sinne zu klären und läßt verlautbaren, daß die Abstimmung der Demokraten über das Mißtrauensvotum gegen den Innenminister Gröschel am nächsten Freitag zweifelhaft sei, wenn die bisherige erwartete Klärung nicht erfolgt sei. Inzwischen hat die demokratische Fraktion des Preussischen Landtages mit dem preussischen Ministerpräsidenten — wie von demokratischer Seite erklärt wird — „entsprechende Verhandlungen“ eingeleitet.

Wir sind überzeugt, daß die preussische Regierung sich auf diese Expressepolitik nicht einläßt und so oder so ihrem Weg gehen wird. Dafür spricht schon die Persönlichkeit des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Otto Braun.

Wenn die Demokraten dabei bleiben, gibt es eben eine Regierungskrise, aus der sie selbst nicht mehr in die Regierung zurückkehren werden.

Sächsische Demokraten gegen die Wirtschaftspartei

Die demokratische Fraktion des sächsischen Landtages war von der Wirtschaftspartei ebenfalls zu einer Aeußerung über die Kandidatur des Präsidenten des Rechnungshofes, Schied, aufgefordert worden. Die demokratische Fraktion hat daraufhin folgende Antwort erteilt: „Wenn wir den Sinn Ihres Schreibens richtig verstehen, streben Sie die Neubildung des Kabinetts auf der bisherigen Grundlage an. Wir sind der Ansicht, daß eine Regierung, die sich auf Nationalsozialisten stützt, oder auch nur von ihrer Duldung abhängt, nicht von Dauer sein kann und zur Bewältigung der schweren Aufgaben, die in Zukunft zu lösen sind, nicht fähig ist. Da sie sich auf eine ausreichende und sichere Mehrheit nicht verlassen kann. Wir behauern deshalb, Ihnen die Unterstützung für Ihren Plan der Regierungsbildung nicht zusagen zu können.“

Schuldenwirtschaft eines Stahlhelmführers

Frankfurt a. D., 26. Februar. (Eig. Drahtb.)

Die Hauptperson des durch den Stahlhelm-Mord an Reichsdennerteuren bekannt gewordenen Doris Wensdorff ist der Stahlhelmführer Udo v. Alvensleben. So oft man von ihm hört, sind es für ihn unangenehme Dinge. Neuerdings hat er sozusagen Konkurs anmelden müssen, weil er nicht verstanden hat, das ihm von seinem Vater schuldenfrei übergebene Lehngut von 16 000 Morgen auch nur einigermaßen vernünftig und sorgfältig zu bewirtschaften. Statt sich um die Bewirtschaftung der 16 000 Morgen zu kümmern, trieb v. Alvensleben „Politik“ im Sinne des „Stahlhelms“ und des „Wewolfs“. Unterdessen verschuldete das ihm anvertraute Gut immer mehr. Der Gerichtsvollzieher wurde ein täglicher Gast, bis die Schuldenwirtschaft ihren Höhepunkt erreichte und die Gläubiger den gräflichen Stahlhelmführer unter Verpfändung seines Besitzes zur Zahlung seiner Schulden zwangen.

Nel dürfte von dem Erbs nicht übrig bleiben, weil von Alvensleben vor Schulden kaum aus den Augen sehen kann. Er beschäftigt deshalb, seinem alten Vater in Zukunft wieder auf der Tasche zu liegen und auf dessen Kosten durch ein juristisches Studium an der Berliner Universität etwas für seine Fortbildung zu tun. Vom „Stahlhelmpolitiker“ auf die Schulbank! Das ist immerhin ein gewisser Fortschritt!

Krieg zwischen Trocki und Urbahns

Trocki hat sich mit Urbahns, dem Führer des linkskommunistischen Leninbundes, völlig überworfen. Nachdem es bereits im vorigen Herbst aus Anlaß des russisch-hinländischen Konfliktes wegen der Stellungnahme für oder gegen Sowjetrußland zwischen beiden zu Zerwürfnissen gekommen war, die Trocki zur Bildung einer besonderen Fraktion bewegten, ist es jetzt wegen des Ausflusses der unentwegten Trocki-Anhänger Grylewicz und Solo aus dem Leninbund zum Bruch gekommen. Trocki fordert seine Anhänger auf, Urbahns zu verlassen. Zugleich wird der linkskommunistische „Wolkswille“ durch Verweigerung von literarischen Beiträgen boykottiert. Die Trocki-Gruppe in Deutschland hat sich in dem „Internationalen Bulletin“ bereits ein eigenes Organ geschaffen.

Abrechnung mit dem kommunistischen Banditentum

Rede des Genossen Marxwald zum Polizeietat

Berlin, 26. Februar. (Eig. Bericht.)

Der Preussische Landtag setzte am Mittwoch die Beratung des Innenetats fort.

Abg. Klein (Dnat.): Im Säuugauschuß habe der Innenminister den Kampf mit geistigen Waffen gepredigt: „Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren...“ Die Stahlhelmer zogen es vor, ehrliebe und anständige Barbaren zu bleiben. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Gademann (Komm.) preist im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen das freie Wahlrecht und die freie Selbstverwaltung Sowjetrußlands. — Abg. Dr. Gröschel (Dem.): Die Heiterkeit der preussischen Regierung in der preussischen Personalpolitik hat das Reich durch die schwersten Jahre gerettet. Wir hätten an dieser Personalpolitik fest. Abg. Deunhard (Dt. P.) bespricht gleich dem Vortrager ausführlich die Not des Ostens.

Staatssekretär Dr. Abegg gibt zwei Erlasse bekannt, die das Demonstrationsverbot für den Tag der Ebert-Gedenkfeier und den Gefallen-Sonntag einschränken. Im Rahmen der verfügbaren Mittel tue die Regierung für die Grenzgebiete alles Erdenkliche.

Abg. Dr. von Arns (Dnat.): Das Zentrum habe sich beklagt, daß die Deutschnationalen in Hindenburg und Dypeln sozialdemokratische Oberbürgermeister gegen Zentrumslandidaten gewählt hätten. Aber das Zentrum habe in Oberhesseln alle berechtigten Wünsche der Deutschnationalen ignoriert. Eine Zusammenarbeit zwischen Deutschnationalen und Zentrum auf kommunalpolitischem Gebiet könne nur auf voller Gerechtigkeit beruhen. (Hört, hört! im Zentrum. Bravo! rechts.)

Damit schließt die allgemeine Debatte. Es folg der Polizeietat.

Abg. Marxwald (Soz.):

Im letzten Jahr sind die Beziehungen des Ministeriums zu den Polizeibeamtensverbänden sehr günstig geworden. Wir sind dafür dem Minister und seinen Räten dankbar. (Sehr gut! bei den Soz.) Auch sonst sind eine Anzahl unserer Wünsche erfüllt worden. Zielbewußte, auf Solidarität mit den Polizeibeamten beruhende Arbeit ist eben erfolgreicher als noch so schöne Agitationsreden, die mit dem Hintergedanken des Hasses gegen die angeblichen Schlinglinge verknüpft sind. Die Kommunisten suchen an Forderungen für die Schutzpolizeibeamten alle anderen Parteien zu übertreffen. Aber die „Rote Fahne“ vom 16. November hat offen erklärt, selbst wenn Polizeibeamte für die kommunistische Partei stimmten und zahlten, würden sie von den Kommunisten glühend gehaßt. (Hört, hört! bei den Soz.) „Diesen Haß“, so hieß es in dem Artikel, „werden und schüren wir mit allen Kräften.“ (Bewegung.) Damit dürfte die kommunistische Agitation für die Schutzpolizeibeamten ein für allemal erledigt sein. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Kommunisten und Nationalsozialisten erklären die Be-

willigung des Polizeietats für volks- und arbeiterfeindlich. Aber die Kommunisten haben entrüstet interpelliert, warum der Düsselbacher Mörder nicht entdeckt worden sei. Wie man Verbrecher ohne Polizei fangen soll, ist das Geheimnis der Kommunisten. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Feindschaft gegen den Polizeietat beweist also nur die Ansicht dieser Parteien, die Staatsordnung mit Gewalt zu stürzen. Auch die Gewalt hat im Staatsleben ihr Recht, wenn sie dazu dient, dem Willen der Volksmehrheit Geltung zu verschaffen. Selbst wenn irreguläre Menschen eine Minderheit mit Gewalt zur Macht bringen wollten, könnte ich noch immer, auch wenn ich selbst auf der anderen Seite der Barrikade stehen müßte, Verständnis für den tragischen Konflikt haben. Selbst wenn die Minderheit im Kampf unterläge, hätte man dann nur das Gefühl wie der Sieger im Sportkampf, ein Gefühl der Größe, die nur nicht so weit gehen darf, daß sie in Dummheit umschlägt. (Sehr gut! bei den Soz.) Was aber Kommunisten und Nationalsozialisten im letzten Jahre verübt haben, war kein Kampf um die Macht, war überhaupt nicht politisch, sondern war gemeinsames Banditentum. (Stürmischer Beifall bei den Soz.) Wenn Nationalsozialisten und Kommunisten sich gegenseitig überfallen, auf beiden Seiten irreguläre Verbrecher, dann müssen wir aus Menschlichkeit für beide Gruppen Schutz der Polizei fordern: Kommunisten und Nationalsozialisten haben aber auch Reichshändwerker und sozialdemokratische Arbeiter überfallen, verprügelt, sogar getötet. Wollen die Kommunisten behaupten, daß das Klassenkampf sei? Man könnte es allenfalls als höchst rückwärtige Form des Klassenkampfes ansehen, wenn sie mit ihren Wordwaffen über Kapitalisten herfielen. Aber Kapitalisten greifen sie niemals an, stets nur Arbeiter. Die Zeit der graulichen Ministermorde durch die Rechtsputschisten ist vorbei. Aber die Zeit der graulichen Arbeitermorde durch die Linksputschisten, die Zeit der Morde von Arbeitern an Arbeitern, hat begonnen. Diese mörderischen Ueberfälle der Kommunisten auf sozialdemokratische Arbeiter haben mit Politik nicht mehr das Geringste zu tun, sie sind einfach gemeine Verbrechen, und schon zur Abwehr dieser Verbrechen ist die Polizei eine Notwendigkeit. (Lebhaftester Beifall bei den Soz.)

Ein Berliner Polizeihauptmann hat sich zur Abstimmung für das Augenberührende Volksbegehren in Uniform begeben. Ein Berliner Reviervorsteher hat den Schutzpolizeibeamten gedroht, wenn sie zu wenig Arbeit brähten, sie von der lebenslänglichen Anstellung auszuschließen. Das Eheverbot wird zu rigoros durchgeführt: ein Polizeibeamter, der seine schwangere Braut nicht im Stich lassen wollte, sondern sie unter Verhewigung seiner Eigenschaft als Polizeibeamter ge-

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzt von Max C. Schirmer (Nachdruck verboten)

„Ich dachte immer, daß in dieser Beziehung Ihre Kunden musterhaft wären“, entgegnete Ralf.

Auch er war während der ganzen Nacht sehr still gewesen, denn seine Gedanken waren mit dem wahrhaftigen Inhalt von Elsas Kiste so beschäftigt, daß er kaum ein halbes Duzend Worte sprach.

„Gewöhnlich, ja“, stimmte Mr. Lupperwill zu, „aber dieser Kunde war wirklich sehr unangenehm.“

Er war froh, als am Ende eines langen Selbstgesprächs, in dem Lou schamlos betrog, sich die Damen erhoben und hinaufgingen, um sich für die Heimfahrt fertig zu machen.

„Ich fürchte, daß ich sehr langweilig gewesen bin.“

Ralf murmelte etwas, als er hinaufging, um von dem melancholischen Diener seinen Mantel und Hut in Empfang zu nehmen.

„Und ich hätte beabsichtigt, diese Gesellschaft möglichst frühzeitig zu gestalten“, sagte Mr. Lupperwill mühsam. „Aber meine gewöhnliche Lebhaftigkeit war absolut verfliegen.“

„Ich bin sicher, die Damen haben sich gut unterhalten“, beruhigte ihn Ralf.

„Ich hoffe es“, äußerte der Gastgeber zweifelnd. „Ich hoffe es aufrichtig.“

Elisa hatte ihren Mantel ausgenommen und verließ das Zimmer, als Mrs. Hallam lebhaftlich.

„Gehen Sie voraus, meine Lieber! Ich komme gleich nach.“ Sie lächelte ihr über ihren Schultern. „Diese schreckliche Schmelze ist aufgegangen.“

„Kann ich helfen?“

„Nein, warten Sie nicht!“ erwiderte Mrs. Hallam ungeduldig. Ihre Hände zitterten vor Aufregung.

Raum hatte sich die Tür hinter Elisa nur geschlossen, so eilte sie durch das Zimmer, hob das Bild zur Seite, und mit zitternden Fingern drückte sie die Scheibe. Sie lauschte, ob ein Laut vom Gang herkam. Sie hatte selbst einen kleinen Schlüssel...

Frank und wachte, wie mit ihm umzugehen war. In einem Augenblick öffnete sich die Tür.

Sie erblickte eine Anzahl Umstände, dann waren da zwei oder drei flache Kästchen, aber der einzig wertvolle Gegenstand in Sicht war etwas, was einem goldenen Zigarettenetui ähnlich sah. Sie konnte sich nicht mit einer genaueren Durchsicht abgeben, sondern steckte das Etui in die Handtasche. Als sie sich schickte, drehte die Scheibe mehrmals herum und brachte das Bild in seine alte Lage zurück. Bevor Elisa am Ende der Treppe angelangt war, kam auch sie schon die Treppe herab.

Sie bemerkte, wie Ralfs Augen sie mit einem ruhigen, forschenden und argwöhnischen Blick anschauten. Hallam kannte seine Frau genau. Aber sie begegnete erst seinem Blick und sprach überhört zum Gastgeber, bevor Ralf Hallam sich klar werden konnte, woher die geröteten Wangen kamen.

Lupperwill begleitete Elisa zum Wagen; Ralf und die Frau folgten.

„Du hast doch nicht wieder etwas Dummes gemacht?“ fragte er leise.

„Was meinst du?“ antwortete sie erstaunt.

„Du hast irgendwas Lupperwills Schmutzungen umherliegen lassen? Wenn du das je an meinen Freunden verurteilt.“

„Du bist verrückt“, rief sie ärgerlich. „Denkst du, daß ich so etwas Albernem in mir habe, damit.“

„In diese Augenblicke waren sie in Hörweite der anderen angelangt und nahmen Abschied.“

„Habt Ihr direkt nach Hause?“ fragte Ralf, als der Wagen sich in Bewegung setzte.

„Wohin denn sonst?“ fragte die Frau. „Hast du etwas vorzuschlagen?“

„Wir wollen nach dem Mißspiel fahren. Dort können wir etwas zu Abend essen und tanzen, damit wir den Geschmack des Trauertages loswerden.“

Er schaute auf Elisa, und das Mädchen zögerte.

„Wir brauchen uns nicht unten in den Tanzsaal zu setzen“, meinte er, als er ihre Abneigung bemerkte. „Wir können oben auf dem Balkon essen und die Leute beobachten.“ Sie willigte widerwillig ein.

dem das Nachtkubeben etwas Neues war, schaute bezaubert auf die glänzende Menge, die hin und herwogte.

„Das ist, was Jessie Dame Leben nennen würde“, sagte sie lachend. „Arme Jessie! Ihr einziger Ehrgeiz besteht darin, sich unter eine feberische Masse zu mengen, die meistens aus düsternen Männern im Grad besteht, und sich mit der Aristokratie auf gleichem Fuße zu treffen.“

„Ein sehr verächtlicher Ehrgeiz“, sagte Ralf heiter. „Sie gibt es nicht viele Abende, abgesehen einige darunter sein werden. Da ist Betty Milento vom Gayly-Theater. Der große Mann ist Lord Sterrer. Den Namen der Vogelstrecke, mit der er tanzt, kenne ich nicht.“

Elisa starrte sprachlos Lord Sterzers Tänzerin an. Sie war eine mittelgroße schlanke Frau, an der die Kleider hingen. Ihre Ohren, ihr Hals und die Haare glänzten von Diamanten, und die großen Hände, die auf dem schwarzen Rock ihres Tänzers lagen, funkelten. Als ihr Gesicht sichtbar wurde, bemerkte Elisa, daß ihre Augen halb geschlossen waren, und daß sie sich im Geflücht des wallenden Genusses zu bewegen schien.

Es war die romantische Miss Dame.

XXXV.

Darüber war kein Zweifel, man konnte sie nicht verkennen. Das war Jessie Dame, an der die Diamanten funkelten, die reich gekleidet war, und die in der vornehmsten öffentlichen Tanzstätte Londons tanzte!

„Erst glaubte ich, daß sie sich geizt hätte. Und dann — nein, es war Jessie! Als der Tanz zu Ende war, und das Mädchen heraufblitzte, lehnte sich Elisa zurück, um nicht gefesselt zu werden.“

„Ist da jemand, den du kennst?“ fragte Ralf, der die Bewegung dieses eigenartigen Schauspielers auf sie beobachtet hatte.

„Ja, ich kenne sie“, antwortete Elisa kurz. „Kennst du sie?“

Ralf schüttelte den Kopf. „Ich habe sie hier schon einmal oder zweimal gesehen. Gewöhnlich kommt sie mit einem Mann mittleren Alters — da ist er!“

Er zeigte nach einer Ecke, wo ein Mann, der seinen Tanzpartner begleitete, hinwegging. Der Mann, den Ralf zeigte, war dick und schlaff. Seine ziemlich großen Gesichtszüge bestanden aus einem langen, gelben, militärischen Schnurrbart, belohnt durch auf...

(Fortsetzung folgt)

Der Kampf um die neue Haushaltsordnung

Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen

Berlin, 26. Februar. (Eigener Bericht.) Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die zweite Beratung der Novelle zur Reichshaushalts-

Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage in vielen Punkten abgeändert und vor allem die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes wesentlich erweitert mit der Tendenz, daß der Ausschuss langsam gewirkt wird. Der Reichshaushalt hat die Regierungsvorlage in vielen Punkten abgeändert und vor allem die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes wesentlich erweitert mit der Tendenz, daß der Ausschuss langsam gewirkt wird.

Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen. Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen.

Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen. Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen.

Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen. Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen.

Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen. Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen.

Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen. Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen.

Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen. Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen.

Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen. Die neue Haushaltsordnung mit sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen.

wünschen, ein durchaus brauchbares Instrument werden. Dafür aber legen wir uns nicht ein.

Nach dem Antrag der Wirtschaftspartei soll der Reichspräsident auf Verlangen von einem Drittel des Reichstages bereits in Kraft stehende Gelehe wieder aufheben Haushaltsüber-

Abg. Dr. Hertel (Dnat.): Die Machterweiterung für den Finanzminister erscheint uns bedenklich. Wir wünschen möglichst weitgehende Befugnisse des Rechnungshofes, aber er darf nicht über seine Aufgabe hinauswachsen und er darf nicht die Finanzpolitik der Reichshandl beeinflussen.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr.): Die Vorlage kann ihren Zweck nur erreichen, wenn dahinter die richtige politische Willensbildung steht. Der Reichstag gibt mit dieser Vorlage das Schwergewicht der Macht an den Finanzminister ab.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.): Wir sind über den Verdacht erhaben, Feinde des parlamentarischen Systems zu sein. Dieses System wird aber nicht dadurch gefährdet, daß wir nach dem Müller der älteren Demokratien in England als Parlament Selbstbeschränkung üben und die Ausgaben unter stärkere Kontrolle stellen.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.): Die Bürokratie hat uns über die Steuereingänge getäuscht. Wenn man dem Reichstag so hohe Einnahmen vorlegt, ist es doch natürlich, daß er sie durch Ausgabenbewilligungen vorwegnimmt.

Abg. Bernhardt (Dem.): Kann jemand den gewaltigen Fortschritt seit zehn Jahren bestreiten? Wie kann man dem Reichstag die Schuld an den augenblicklichen Schwierigkeiten geben?

Abg. Torgler (Komm.): redet gegen die Sozialdemokratie und sucht nachzuweisen, daß unter der alten Haushaltsordnung zwar Industriebewilligungen ausgeführt wurden, aber Gelder für produktive Erwerbslosenfürsorge nicht.

Die Vorlage wird unter Ablehnung kommunistischer Anträge und mit einigen sozialdemokratischen Verbesserungen angenommen. Der viel erwähnte Antrag der Wirtschaftspartei wird nach Ablehnung der Überweisung an einen Ausschuss gleichfalls abgelehnt.

Hebles Rauffstudententum

Die Studenten der beiden Münchener Hochschulen werden immer aktiver. Am Dienstag Abend beruhten sie die in einem Hörsaal der Universität stattfindende Generalversammlung der akademischen Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande, um einen mit Schlägerei verbundenen Tumult herbeizuführen und dadurch die bisherige Vorstandschäft, an deren Spitze der zur Bayerischen Volkspartei gehörende Verfassungsschlichter Professor Dr. Nowitzki steht, zum Rückzug zu zwingen.

Es ist das erste Mal, daß in einem Hörsaal der Münchener Universität in Anwesenheit vieler Professoren, die die Beschimpfung ihres Kollegen Nowitzki wegen seiner jüdischen Abstammung stillschweigend anhörten, ein derartig wilder Tumult inszeniert wurde.

Das Liquidationsabkommen mit England

Der Auswärtige Ausschuss und der Haushalts-

Dr. Reichert (Dnat.) bemängelte insbesondere, daß der englische Minister Snowden ganz anders handelte, als er als Abgeordneter gesprochen habe. Die Abgeordnete Frau Sender erwiderte, daß durch das Abkommen keine zusätzliche Belastung geschaffen werde.

Der Hauptintrigant verfehlt

Der Pressereferent des Berliner Polizeipräsidiums, Regierungsrat Schöng, ist nach Kassel verfehlt worden, wo er bereits ab Montag die Stellvertretung des dortigen Polizeipräsidenten übernimmt.

Aufhebung aller Polizeiverordnungen

Der preussische Innenminister hat an die nachgeordneten Behörden einen Erlaß gerichtet, durch den alle Polizeiverordnungen, soweit sie vor 1900 erlassen wurden, außer Kraft gesetzt werden.

Schon wieder Kriegszustand in China

Wie aus Shanghai amtlich gemeldet wird, ist in den nördlichen Provinzen Kaifeng und Tschangtschau der Kriegszustand erklärt worden.

Ein Vorstoß Churchills

Gegen Macdonalds Haltung auf der Flottenkonferenz. Der ehemalige Schatzkanzler Churchill richtete am Mittwoch in einer Rede vor Mitgliedern der britischen Flottenliga einen überaus heftigen Angriff gegen die Politik der Arbeiterregierung auf der Flottenkonferenz.

Deutsche Parteienliste

Ein Bericht über die rechtstehende Waffenbesitzer. Braunschweig, 26. Februar. (Eig. Draht.) Das große Schöffengericht in Salder sprach die Besitzer mehrerer von Reichsbanner erbeideter Waffenlager von der Anklage des unbefugten Waffenbesitzes frei.

Breslauer Nachrichten
Muss das Montessoriheim geschlossen werden?

Die sozialdemokratischen Funktionäre des Nikolaitors protestieren gegen die Kündigung der bisher benutzten Schulräume

In einer gestern abend tagenden Partei-Funktionärssitzung der Abteilung Nikolaitor kam unter anderem auch die Kündigung des Montessorikinderheims in der Gasse...

Die Unterbringung der zwei Schulklassen, die in die Räume des Heims kommen sollen, dürfte sicher auch auf andere Art...

Die Geschäftsleute im Kampf um ihre Existenz

Die Hauptversammlung des Vereins des Breslauer Einzelhandels am Dienstag abend unter Vorsitz des Kaufmanns...

Er berichtete sodann von der umfangreichen Arbeit, die der Verein im Interesse seiner Mitglieder im Laufe des Jahres...

Fernsprecherie mit Polen

Vom 1. März an sind alle Orte Deutschlands zum Fernsprecherie mit allen Orten Polens zugelassen...

Breslaus neues Pfandleihamt eine ganz moderne Einrichtung mit Rohrpost und Panzerkoffer

Breslaus neues Pfandleihamt am Berliner Platz ist nunmehr nach der recht kurzen Bauzeit von sieben Monaten eröffnet worden...

Nach außen hin repräsentiert sich das neue Pfandleihhaus als ein wohl einfacher, aber zweckmäßig hergerichteter Bau...

Für Wertgegenstände, auch größerer Art, ist ein großer Panzerkoffer geschaffen worden, der durch zwei Geschosse geht...

haupte, daß damit nun auch Breslau in den Besitz eines seiner Größe würdigen Volkshauses mit allen technischen Neuerungen gelangt ist...

Bei der gestern erfolgten Uebergabe des Neubaues, zu der die Vertreter der einzelnen Behörden erschienen waren...

Die Anwaltschaft der Armen

Ein Besuch im Breslauer Arbeiter-Sekretariat

Gewerkschaftshaus, 2 Treppen, Zimmer 44. Ein kleines Schildchen meldet kurz „Arbeiter-Sekretariat“...

Wieviel Fragen des Rechts treten nicht täglich an den Arbeiter, die Arbeiterin, die Arbeiterfamilie heran?

Höre man einmal hinein in eines der Beratungszimmer. Ein Arbeiter kommt mit seinem Sohn. Der Junge ist bei irgend einem Meister in der Lehre gewesen...

An alle Neubausmieter Breslaus!

Das Problem der Wohnungshauswirtschaft und der Mietsfestlegung in Neubauten ist durch den Mieterstreik in Zimpeleffektivität mehr als bisher bekannt geworden...

findet am Mittwoch, dem 5. März, abends 7.30 Uhr, im großen Saale des Schlegelwärders statt. In dieser Rundgebung wird Herr Hans Beck-Beck...

hat den Bierausdiebstahl begangen und nur mit Hilfe eines Stodes kann er sich fortbewegen. Er bekommt 54 Mark Invalidenrente...

Ein Zimmerer folgt dem Alten. Er ist vom Bau abgestürzt, hat dabei eine Gehirnerschütterung und einen Oberschenkelbruch...

Dann kommt eine ältere Frau. Sie hat die Gewährung von Witwenrente beantragt. Der Antrag ist abgelehnt worden...

Ein Fünfzigjähriger, der 22 Jahre als Schmiebedien in einem Werk tätig war und in dem dröhnenden Betrieb das Gehör verloren hat...

Der Hausangestellte, die als nächste Kandidatin kommt, ist die Arbeitslosenunterstützung für vier Wochen gesperrt worden...

Und so kommen die Kandidaten mit ihren Angelegenheiten verschiedenster Art. Die ledige Mutter, der der Vater das Unterhaltsgeld für das Kind verweigert...

Wenn man bedenkt, daß im Monat etwa durchschnittlich 1800 Menschen Rat suchen, der von den hier tätigen Beauftragten der Arbeiterkassen erteilt wird...

„Asiatischer Sadismus“

Politische Gehirnverweichung in einer volksparteilichen Redaktion

In Oberschlesien werden die Interessen der Schwerindustrie von dem in Weutchen erscheinenden Blatt „Oberschlesischer Morgenpost“ journalistisch wahrgenommen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn dieses Organ, trotz der Oberbürgermeisterwahl in Hindenburg, Artikel gegen die Sozialdemokratie schreibt, wenn in ihren Spalten dafür Propaganda gemacht wird, daß mit Abschaffung des Polenabkommens die deutschen Bauern in Polen und Pomorallen weiterhin in der Fortsetzung ostpreussischer Ostmarkenpolitik enteignet werden. Aber es gibt ja selbst in der Gegenfähigkeit des politischen Kampfes nicht nur Grenzen des Anstandes und der Achtung gegnerischer Meinungen, sondern auch des gesunden Menschenverstandes. Manchmal, besonders zur Faschingszeit, werden diese Grenzen überschritten. So verzapft denn besagtes volksparteiliches Organ, das als Zeitung immerhin einen Namen zu verlieren hat, am vergangenen Sonntag folgenden blühenden, politischen Unfuss unter der hübschen Überschrift:

Die Verantwortung der SPD für die kommunistischen Unruhen
Die Verantwortung für diese Zustände (vorher wurde eine Aufzählung verschiedener kommunistischer Unruhen aus den letzten Monaten gegeben. Red.) trägt niemand anderes als die Sozialdemokratie, die sich jetzt als Hüter des Staates aufspielt. Ihr Regime, das ruhig aussieht, wie die Massen aufscheit werden, dann aber die auf Grund dieser Hecke Demonstrierenden niedertrüppelt und niederdrückt, trägt deutliche Züge eines asiatischen Sadismus... Erstickt darf die Massen vor der Kommunalwahl für die SPD werden mit den flammenden Worten: „Reicht wieder hoch die roten Fahnen. Wir stehen am Höhepunkt im Kampfe um die Macht. Es wird und muß ein weiterer 9. November kommen, der uns endlich die Verheißungen des 9. November 1918 bringen wird“ — aber die Massen dürfen nicht versuchen, sich diesen zweiten 9. November zu erkämpfen, wenn sie nicht von den Politikern der sozialdemokratischen Parteipräsidenten oder Innenminister, ihren Genossen, totgeschossen werden wollen.“

Wenn wir richtig unterrichtet sind, legt aber gerade die politische Redaktion dieses Blattes größten Wert auf gute persönliche Beziehungen zu „asiatischen Sadisten“ in ober-schlesischen, sozialdemokratisch besetzten Polizeipräsidenten.

Der Mord in Neuheidau

Gastwirt Obst verhaftet

Der geheimnisvolle Tod der Landwirtstochter Erna Beder in Neuheidau, Kreis Glogau, scheint sich wenig in Umrisen zu klären. Die gerichtliche Untersuchung in Breslau hat ergeben, daß Gift in der Leiche vorhanden ist, also ein Giftmord angenommen werden kann. Bei einem Totfalltermin in Neuheidau wurde dann der Gastwirt Obst sehr eingehend vernommen und schließlich verhaftet.

Eröffnung der Arbeitsschule in Peterswaldau

Eine Wolff-Ente

Die Eröffnung der Peterswaldauer Arbeitsschule soll, nachdem der Bau inzwischen fast fertiggestellt werden konnte, Mitte kommenden Monats erfolgen. Voraussichtlich wird bei dieser Eröffnung der preussische Handelsminister Dr. Schreiber anwesend sein. Die feierliche Einweihung des Hauses findet jedoch erst einige Wochen später, also bereits nach Beginn des ersten sechs-wöchentlichen Kurses statt.

Wolffs „Schlesischer Landesdienst“ ist dieser Tage den Dingen ein wenig vorausgeeilt und meldete die Eröffnung als bereits vollzogen.

Keine Schutzvorrichtung!

Schwerer Betriebsunfall unter ungezügelter Transmission
In der Gölzler Tuchfabrik Krause läuft in einer Werkstatt ein 30 Zentimeter breiter Haupt-Transmissionsriemen ohne Fangvorrichtung in reichlicher Manneshöhe. Unausgesetzt müssen Arbeiter und Arbeiterinnen unter dem Riemen hindurch. Als am Donnerstag der Arbeiter Oskar Ziegler eine Wiedelwage unter dem Riemen hindurchtransportierte, wurde diese erfasst und ihrem Träger an den Kopf geschleudert. Ein schwerer Schädelbruch und der Tod war die sofortige Folge des Unfalls.
Der Textilarbeiterverbandsgeschäftsführer, der daraufhin von dem Betriebsrat durch den Betrieb geführt wurde, konnte feststellen, daß es an jeglichen Schutzvorrichtungen fehlte. Es sei geradezu ein Wunder, daß nicht täglich, häufig Unglücksfälle sich ereignen. Es trägt sich, ob die Gewerbeaufsicht solche Dinge nicht sieht oder sehen will?

Am den Hindenburger Oberbürgermeister

Die Pressestimmen

Die Pressestimmen im bürgerlichen Lager über die etwas unprogrammatisch verlaufene Hindenburger Oberbürgermeisterwahl sind lehrreich und erheitend. So findet man in der Zentrumspresse selbst verständlich sittliche Entrüstung, daß — der neue Ober von Hindenburg nicht katholisch sei und möglicherweise durch einen — entsehrlicher Gedanke — protestantischen Bürgermeister ergänzt werden könne, während die „Schlesische Zeitung“ die eben noch bittere Bemerkung über die unparlamentarische Markgrafenfreundlichkeit des niederschlesischen Zentrums machte, bemerkt, die Deutschnationalen hätten dem Genossen Franz nicht „leichtes Herzens“ die Stimme gegeben und dann zwischen den Zeilen zu verstehen gibt, daß eigentlich die Machtsprüche des Zentrums in Oberschlesien die Triebkraft dieses Entschlusses gewesen sind. Die — sonst recht sozialistenfeindliche — „Oberschlesische Tageszeitung“ schreibt noch etwas deutlicher:

„Das Zentrum... war seiner Sache schon allzu sicher und hätte gar nicht damit gerechnet, daß...“

Und der „Oberschlesische Wanderer“ gibt seinem Herzen einen Stoß, um festzustellen, daß bei dieser Entscheidung auch die sachliche Qualifikation des sozialdemokratischen Kandidaten eine Rolle gespielt habe. In der „Schlesischen Volkszeitung“ verliert man eine Erklärung dafür abzugeben, warum das Zentrum so unergündlich lange Zeit brauchte, um aus den eigenen Reihen einen Kandidaten vorzuschlagen, der anderen Parteien des Hindenburger Stadiparlaments tragbar — den politischen Anspruch des Zentrums hätte die Sozialdemokratie von vornherein nicht bestritten — erschien. Aber es bleibt bei einem Versuch. Besonders die „Volkszeitung“ auf die beiden politisch-katholischen Stadiparlamenten, die sich angeblich gewillt verhalten, für einen Zentrumskandidaten einzutreten; was ja immerhin bemerkenswert erscheint, wenn man sich vergegenwärtigt, wie man in Oberschlesien von Zentrumsseite sonst die politische Konkurrenz zu bekämpfen pflegt. Eine direkt epochenmachende Feststellung

aber macht schließlich die „Schlesische Tagespost“, die in ihrer heutigen Morgenausgabe schreibt:
„Da ist zunächst festzustellen, daß der Zentrumskandidat Dr. Fischer als Angehöriger des linken Zentrumsflügels politisch ungeliebt auf dieselbe Weise zu sehen ist, wie der gewählte Sozialist Franz. Der Kurs mit dem die Geschicke der Stadt Hindenburg geleitet würden, wäre bei dem einen wie bei dem anderen der gleiche geblieben. Durch die Tatsache, daß der bisherige zweite Bürgermeister, nämlich der jetzt gewählte Sozialist Franz auf den ersten Posten aufrückt und ein anderes Magistratsmitglied zum zweiten Bürgermeister gewählt wird, ergibt sich die Möglichkeit, einen Posten im Magistrat einzusparen. Im übrigen ist festzustellen, daß Dr. Fischer, der Kandidat des Zentrums, in seiner Persönlichkeit nicht die Garantie bot, die schwierigen Verhältnisse in Hindenburg zu meistern, während Franz in seiner Amtsführung bisher durchaus einwandfrei gewesen ist. Die Einsparung bei der Verringerung des Magistrats ergibt die runde Summe von 23 000 Mark jährlich.“

Der Schlesische Sejm wird gewählt

Die schon seit einigen Tagen von der polnischen Regierung nachstehenden Blättern verzeichneten Gerüchte über die bevorstehende Einsetzung eines Wahltermins für den Schlesischen Sejm haben sich bestätigt. Eine Verordnung des Staatspräsidenten der polnischen Republik, Mosciak, beauftragt die Wahl zum autonomen Wojewodschaftsparlament von Polnisch-Schlesien auf den 11. Mai an. Im Regierungslager ist man bereits lebhaft damit beschäftigt, die verschiedenartigen Gruppen zusammenzustellen, die für eine polnisch-bürgerliche Einheitsfront in Frage kämen, was aber angeht, der sich bei den Kommunalwahlen in Polnisch-Schlesien heraus gebildeten Konstellation schwerlich Erfolg haben dürfte.

Wahrscheinlich werden sich in der Wojewodschaft im polnischen Lager auch bei der Sejmwahl die Christlichen Demokraten Korzantys und der Regierungsbund mit den Altkommunisten Bineskiewicz's gegenüberstellen. Die sozialdemokratischen Parteien beider Zungen werden wohl, nachdem einige unerfreuliche Differenzen noch vor der Magistratswahl in Rattowitz kameradschaftlich bereinigt wurden, Völkerverbindung eingehen, während die Deutsch-bürgerlichen ebenfalls für sich gehen dürften. Inwiefern das Wahlergebnis wesentlich von dem der Kommunalwahlen abweichen wird, dürfte davon abhängen, ob der Regierungsbund seine amtliche „Propaganda“ bei der Sejmwahl ebenso durchzusetzen in der Lage ist. Jedenfalls kann mit einer deutsch-kräftigen sozialistischen Oppositionsmehrheit im kommenden schlesischen Sejm gerechnet werden.

Gölz. Wenn Landarbeiterkinder allein zu Hause sind. Das vierjährige Töchterchen des Ackerbauers Schneider auf dem Rittergut Ebersbach machte sich, als es mit zwei jüngeren Geschwistern allein im Zimmer war, am Ofen zu schaffen. Plötzlich geriet es in die Flammen des Kindes in Brand, jedoch das Kind im Nu einer Flamme ausgesetzt. Eine herbeieilende Nachbarin konnte eben noch die kleinen Geschwister retten. Das unglückliche Kind ist im Krankenhaus seinen furchtbaren Brandwunden erlegen.

Wegnitz will die Kommunalsteuer erhöhen. Der Etat für 1930 ist vom Magistrat verabschiedet. Er sieht eine Erhöhung der Steuern vor und zwar: Grundvermögenssteuer 400 v. H., Gewerbesteuer 650 v. H. und Lohnsteuer 1000 v. H. Für Hausarbeiten werden im Etat 1 Million Mark eingelegt. Das Wohlfahrtsamt erfordert einen Zuschuß von ebenfalls über 1 Million Mark. Die Steuerliste für das Rechnungsjahr 1929 stehen nun endgültig fest, nachdem ihnen der Minister nachträglich zugestimmt hat. Die Wegnitzer müssen aber infolge der Politik der Aufsichtsbehörde nach fast einem Jahr Steuernachzahlungen rückwirkend bis 1. April 1929 bezahlen!
Neudeck, Kreis Glog. Nicht bestätigt. Für die kleine Gemeinde Neudeck war der Nationalsozialist Kasper als Gemeindevorsteher gewählt worden. Der Landrat hat ihn aber, gemäß dem Erlaß des Innenministers, die Bestätigung verweigert.

Altheide. Amtseinführung mit Gottesdienst. Hier wurde dieser Tage der neu gewählte Gemeindevorsteher Spat in sein Amt eingeführt. Der Einführung gingen — sozusagen offizielle — Gottesdienste in der evangelischen und katholischen Kirche voran, worauf man sich zu einem — reichlichen Essen begab. — Diese Art der Amtseinführung wurde in dem mit einer anerkannten Staatskirche versehenen polnischen Nachbarstaat nicht verwunderlich erscheinen, in Deutschland stellt sie aber doch ein Novum dar, dessen Verdienst wohl dem zuständigen Landrat Neuker, der die Einführung vornahm, zuzuschreiben ist.

Waldenburg. Gegen Dr. Wischner. Die Mitgliederversammlung der SPD Waldenburg beschäftigte sich mit der Oberbürgermeisterfrage, wobei die Haltung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in der Besetzung der Oberbürgermeisterstelle einmütig gebilligt wurde und zum Ausdruck kam, daß die Stadt einen Mann an der Spitze brauche, der die schon lange notwendige Verwaltungsreform systematisch durchführe. Als unverantwortlich wurde die Geneigtheit der Bürgerlichen bezeichnet, den Oberbürgermeister Dr. Wischner durch eine hohe Abfindung für seine Schlampelei in der Finanzverwaltung zu belohnen.

Königszell. 116 Gemeindevorsteher zur Auswahl. Da die Wahlzeit des bisherigen Gemeindevorstehers in nächster Zeit abläuft, ist die hauptamtliche Neubesehung ausgeschrieben worden. Dabei sind bisher 116 Bewerbungen eingegangen.

Poppelau. Um eine Schachtel Schußkrem gerieten hier zwei Brüder, Männer von über 30 Jahren, derzeit in Streit, daß der eine, „Wang“ und der andere, „Wagner“ erregten Brüder mit einem Messer in die Brust gestochen wurde und schwerverletzt zusammenbrach.

Oppeln. Keine Auflösung der Reichsbahndirektion. Entgegen verschiedenen hier umlaufenden Gerüchten wird offiziell erklärt: Eine Verlegung der Reichsbahndirektion Oppeln kommt vor 1937. Schon deshalb nicht in Frage, weil ihr Bezirk durch den Genfer Vertrag bis dahin festgelegt ist. Aber auch nachher ist eine Verlegung sehr unwahrscheinlich.

Hindenburg. Beim Spielen mit Streichhölzern geriet das sechsjährige Kind eines Erwerbslosen in der Wohnung der Großmutter in Brand. Bevor Hilfe zur Stelle war, hatte es derartige Brandwunden erlitten, daß es kurz darauf verstarb.

Chorow. Raubüberfall in der Wohnung. Hier drang ein maskierter Räuber in die Wohnung eines Kaufmanns ein. Er traf das Dienstmädchen allein an und forderte es auf, ihm die Treppe zu zeigen, an der der Dienstherr sein Geld aufbewahrt. Als ihm das Mädchen die Auskunft gab, daß Geld nicht im Hause sei, schloß er es in einem Nebenzimmer ein und durchwühlte alle Schubladen und Schränke nach Geld und Wertgegenständen. Er mußte aber flüchten, ohne irgend etwas gefunden zu haben.

Reparatur. Vom Schlauchfeld der Kräfte. In der Lautschütte wurde der Monteur Griebel bei Reparaturarbeiten von einem Kran erfasst, wobei ihm Wirbelsäule, Feins und Hände gebrochen wurden, so daß er auf der Stelle tot war.

Aus der Umgebung

Auf dem Ring in Neumarkt

Martin Koh hatte nicht die Reichsfarben Gemeint
Mit einer wüsten Beschimpfung der Reichsfarben hatte sich am Dienstag die Erste Große Strafkammer in Breslau beschäftigt. Es handelte sich um einen Martin Koh, der sich seinerzeit in Neumarkt auf den Ring stellte und seinen Arbeitkollegen zurief: „Hinter eurer Fahne herzugehen, würde ich mich schämen, denn die Fahne Schwarz-Rot-Gold ist nicht mehr wert, als das sie mit Schiffe begossen würde.“ Vorher deutete er noch auf das Vereinsabzeichen der organisierten Arbeiter und meinte, das würde er nicht anstehen, der Sowjetstern wäre ihm lieber.
Trotz dieser groben Beschimpfung der Reichsfarben hatte ihn das erweiterte Schöffengericht von der Anklage des Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik freigesprochen, da es auf dem Standpunkt stand, daß nicht die Reichsfarben, sondern die Vereinsfahne des Reichsbanners gemeint gewesen sei. Da bei dem Gespräch nur vier Personen zusammenkamen, verurteilte das Schöffengericht überdies noch die — Öffentlichkeit. Der Staatsanwalt aber war anderer Meinung gewesen. Ein Gespräch auf dem Ring zu mehreren sei als öffentlich anzusehen und bei der Beschimpfung bestehe kein Zweifel, daß die Reichsfarben gemeint waren. Die Staatsanwaltschaft legte daher Berufung ein und beantragte nun nach erneuter Beweisaufnahme anstelle von zwanzig Tagen Gefängnis 100 Mark Geldstrafe. Das Gericht kam wieder zur Freisprechung des Koh. Es bestehe zwar kein Zweifel, daß er die Reichsfarben beschimpft habe, denn die Farben des Reichsbanners sind die Reichsfarben, aber das Gespräch unter den Bieren hat sich nicht übermäßig laut abgewickelt, so daß damit der Charakter der Öffentlichkeit nicht gegeben sei.
Man scheint sich hier über die Begrenzung der Öffentlichkeit auf dem Neumarkter Ringe doch gewaltigen Illusionen hinzugeben. Der fragliche Vorfall war natürlich kein Gespräch, sondern eine Auseinandersetzung, und eine Auseinandersetzung bleibt in Neumarkt sicher nicht unbemerkt, selbst wenn an ihr nur vier Personen beteiligt sind. Aber man kann sich des Gefühls nicht erwehren, als wäre diese Begründung doch vorwiegend formaler Natur.

Neuer Kreisstagsabgeordneter in Breslau-Land

An die Stelle des in den Kreisauschuss gewählten Genossen Schiffer, der sein Kreisstagsmandat niederlegte, ist Genosse Hauptlehrer Bell-Koberwitz in den Kreisstag eingetreten. Genosse Bell gehörte bereits in der vergangenen Sessionsperiode dem Kreisstage an.

Brodaun. Lichtbildervortrag des Reichsbanners. Sonnabend, den 1. März, 20 Uhr: Lichtbildervortrag bei Schindler in Brodaun. Redner Kamerad Kother. Eintritt frei. Alle Republikaner und Genossen sind herzlich eingeladen.

Wasserjentsch. Vom Schicksal verfolgt. Vor drei Jahren wurde, wie erinnerlich, die Tochter des Obermeisters von ihrem Mann getötet. Kurz darauf erhob sich der Täter. Die Mutter der Getöteten, die inzwischen ihren Mann durch den Tod verlor, nahm sich das viele Leid so zu Herzen, daß sie sich nun auch in ihrer Wohnung erhängte.

Kanfers. Aus der Gemeinde. In der Gemeindevorstellung am 24. Februar gab der Gemeindevorsteher, Genosse Reinhold Schädel, bekannt, daß der neue Gemeindevorsteher und die Schöffen durch den Landrat bestätigt worden sind und Schädel außerdem am 10. Februar durch den stellvertretenden Amtsvorsteher vereidigt wurde. Nicht in der Gemeindevorstellung am 24. Februar gab der Gemeindevorsteher, Genosse Schädel die Geschäfte als Gemeindevorsteher. In den für vorgeausgesehen wurden die Genossen Karl Meyer und Peter Ledwora, von den Bürgerlichen der Fuhrwerksbesitzer Wilhelm Hoffmann und der Landwirt Reinhold Partel, in den Schulvorstand die Genossen Reinhold Schädel, Karl Meyer, Peter Ledwora, Heinrich Melzer, von den Bürgerlichen August Klicke, Max König und Reinhold John gewählt. Dahn wurden die Instandsetzung des Gemeindehauses und des neuangelegten Weges, der durch Zuschüttung des Kirchhofes verlegt worden ist, beschlossen.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telefon 59060, 59061
Gebäude von 8-11 und 16-19 Uhr

Arbeiter-Wohlfahrt
Jeden Freitag von 14 bis 17 Uhr finden im Parteisekretariat Breslau, Margaretenstraße 17, Hof, Zimmer 173, die Sprechstunden der Arbeiter-Wohlfahrt statt.

Neumarkt. Sonnabend, den 1. März, abends 8 Uhr, im Lokal „Gelber Löwe“: Mitgliederversammlung. Rednerin: Genossin Münz.

Witgen. Sonnabend, den 1. März, abends 8 Uhr, bei Witsch: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Borsanie. Sonnabend, den 1. März, abends 7 Uhr, bei Gütler: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Hanna Breslau.

Wesla. Sonnabend, den 1. März, abends 7.30 Uhr im Lokal Kasper: öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Kaufhaber-Breslau. Sorgt für guten Besuch.

Witllern. Sonnabend, den 1. März, abends 8 Uhr, bei Anichalla: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Frankel-Breslau.

Witllern. Sonnabend, den 1. März, abends 6.30 Uhr: Mitgliederversammlung. Ein Redner ist anwesend.

Janisch. Sonnabend, den 1. März, abends 8 Uhr, bei Döberle: Mitgliederversammlung. Rednerin: Genossin Neumann-Breslau.

Schottwitz. Sonntag, den 2. März, abends 8 Uhr, findet hier bei Krampitz eine öffentliche Filmveranstaltung statt. Gezeigt wird der Film „Der Hauptmann von Köpenick“ und ein interessanter Lustspielfilm. — Desgleichen findet nachmittags 5 Uhr eine Filmveranstaltung für Kinder statt. Wir erwarten, daß nachmittags alle Kinder und abends alle Erwachsenen anwesend sind.

Canth. Sonnabend, den 1. März, 20 Uhr: Filmveranstaltung „Der Hauptmann von Köpenick“.

Schottwitz. Freitag, den 28. Februar, 20 Uhr: Mitgliederversammlung bei Welscher. Redner: Genosse Schiffer.

Sacrau. Freitag, den 28. Februar läuft hier der Film „Der Hauptmann von Köpenick“. Anfang 20 Uhr. Nachmittags 5 Uhr findet bereits eine Kindervorstellung statt, indem ebenfalls diese Filme laufen werden. Es wird erwartet, daß alle Eltern ihre Kinder in die Vorstellung schicken und abends dann selbst erscheinen.

Witllern. Freitag, den 28. Februar, 20 Uhr, bei Wätern: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Frankel.

Oppersau. Freitag, den 28. Februar, 20 Uhr, bei Witllern: Mitgliederversammlung.

Sünfuhr-Sundeteer

Frau Jacobsohn, Prinzess Hohenlohe und andere „erwerbslose“ Weiber

In Berlin hat in den Tagen der Massennot und Arbeitslosigkeit in einem Zugshotel ein Sünfuhr-Tea unter dem Namen „Die Dame und ihr Hund“ stattgefunden, ein Wettbewerb für die vierbeinigen Begleiterinnen der Damen mit dem biden Portemonnaie.

Die Dame und ihr Hund“ stattgefunden, ein Wettbewerb für die vierbeinigen Begleiterinnen der Damen mit dem biden Portemonnaie. Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Die Teilnehmerinnen waren Prinzess Hohenlohe, Frau Jacobsohn, Frau Stiller, Frau Marx, Frau Geißler, Frau v. Hohenlohe, Frau v. Wieg, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner, Frau v. Schöner.

Es hat sich mittlerweile eine Zeugin gemeldet, die Peters am 14. Dezember 1929 in Halle gesehen hat; Peters soll blutige Schrammen im Gesicht gehabt haben. Er bestritt dagegen noch immer die Täterschaft. Das Beweismaterial ist jedoch in allen Teilen so erhellend, daß Peters bereits als überführt gelten kann.

Ein Erwerbslo'nenbüro in Brand gesteckt

Durch einen Brand ist heute morgen durch den in einer großen Holzbaracke untergebrachten Erwerbslosenbüro des Bezirksamtes Neudölln in der Thomastraße erheblicher Schaden angerichtet worden. Mehr als 20 000 Kartothekkarten für Frauen wurden vernichtet. Das Feuer ist nach den bisherigen Feststellungen vorzüglich angelegt worden. Die Täter konnten aber noch nicht ermittelt werden. Die Kriminalpolizei hat eine Untersuchung eingeleitet, da angenommen wird, daß der Brand von radikalen Elementen angelegt worden ist, um durch die Zerstörung der Akten und Unterlagen Schwierigkeiten in der Abfertigung hervorzurufen, um dadurch unter den Erwerbslosen Unruhe zu erzeugen.

Mädchenhandel nach Südamerika?

Standalltionen auf dem Lehrter Bahnhof Auf dem Lehrter Bahnhof kam es, wie das Berliner Tageblatt berichtet, gestern abend bei dem Abtransport einer Truppe junger Tänzerinnen, die unter dem Truppenamen Sisters & Co. in ein angebliches Engagement nach Buenos Aires gehen, zu turbulenten Szenen. Die Kriminalpolizei nahm ein junges Mädchen in Gewahrsam, das den Eltern entlaufen war. Die übrigen jungen Mädchen, die mit diesem verdächtigen Transport nach Südamerika reisen, konnten nicht zurückgehalten werden, da sie sämtlich mündig sind. Die Truppe, die von dem Berliner argentinischen Generalkonsul das Visum verweigert worden ist, reist ohne Visum zunächst bis Montevideo.

Der Mord in Nachterstedt

11 000 Mark Belohnung

Die Verwaltung der Grube Concordia in Nachterstedt hat die Summe der Belohnung für die Ermittlung des Mörders des Bergwerksdirektors Kramer auf 11 000 Mark erhöht. Da außerdem der Regierungspräsident 1000 Mark ausgesetzt hat, beläuft sich die Belohnung jetzt auf 11 000 Mark.

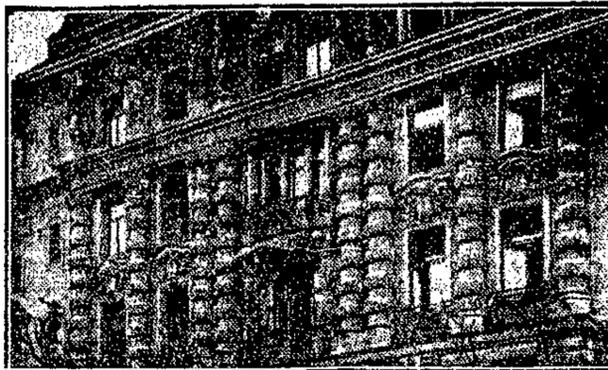
Selbstmord eines Bankiers

Der 73 Jahre alte Berliner Bankier Ernst Schaffert machte gestern seinem Leben ein Ende. Schaffert verlebte im Hause Schilderstraße 2 ein ruhiges und beschauliches Leben. Gestern nachmittag hörte der Kassendiener, der neben den Geschäftsräumen seine Wohnung hat, einen Schuß fallen. Er eilte in das Privatkontor seines Chefs und fand ihn hier mit einem Herzschuß tot am Boden. Der alte Herr ist wegen finanzieller Schwierigkeiten in den Tod gegangen.

Eine Mutter und zwei Kinder durch Gas vergiftet

In Forst (Lausitz) wurde die 30 Jahre alte Frau Dierke und ihre beiden Töchter im Alter von 1 1/2 und 3 Jahren von dem heimtückischen Gasmord in der Küche tot aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um einen Unglücksfall handelt. Frau Dierke war durch Nachtmachen am Krankenlager ihrer Kinder stark übermüdet, eingeschlafen, ohne daran zu denken, daß auf dem Gasloch ein Topf mit Wasser stand. Das Wasser kochte über, brachte die Gasflamme zum Erlöschen, das ausströmende Gas erfüllte in kurzer Zeit den Raum und führte so den Tod der drei Menschen herbei.

Das Zentrum der Sowjetspionage in Deutschland?



Dem Fernnehmen nach wird die Aufdeckung der Spionagefäden, die von der Sowjet-Handelsvertretung in Berlin (im Bilde) nach Rumänien gesponnen wurden, einen diplomatischen Protest Deutschlands in Moskau zur Folge haben.

Großfeuer in Bad Pyrmont

Seit 3 Uhr nachts brennt in Bad Pyrmont das Etablissement „Tiroll“ in der Schullstraße. Das Vordergebäude wurde innerhalb einer Stunde größtenteils vernichtet, während der große Saal und die angrenzenden Gebäude durch das energische Eingreifen der freiwilligen Feuerwehr unter Wasser gehalten werden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Einiges Mobiliar wurde gerettet. Der Funkenflug ist äußerst stark und erstreckt sich auf Hunderte von Metern.

Vom Maskenball in den Tod

Als drittes Todesopfer des schweren Autounfalls, das sich in der Morgenröte des vergangenen Sonntag auf der Chaussee zwischen Teltow und Berlin-Nichterode ereignete und bei dem zwei junge Menschen auf der Stelle getötet wurden, ist nunmehr der 20jährige schwerverletzte Bürobote Heinz aus Sieglitz zu verzeichnen. Im Laufe der bisherigen Untersuchung gegen den verantwortlichen Chauffeur Berg hat sich herausgestellt, daß er schon viele Autounfälle mit seinem Wagen verursacht hat; augenblicklich schwebt gegen ihn ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung. Ferner ergaben die bisherigen Ermittlungen, daß während der verhängnisvollen Fahrt an dem Unglücksauto nur die beiden Freilampen und das Schlußlicht gebrannt haben.

Auflösung des Hamburger Zoo

Die Generalversammlung der Hamburger Zoologischen Garten A.-G. beschloß den Verkauf der Großtiere des Zoo. Der Zoologische Garten soll in einen Volkspark und einen Vogelpark umgewandelt werden. Man hofft, auf diese Weise das Unternehmen, das bisher unter der Konkurrenz von Hagenbeck in Sieltingen litt, wieder rentabel zu machen.

Absturz vom Breithorn

Der bekannte schweizerische Bergführer Hermann Berren, der nicht weniger als 140mal das Matterhorn bestiegen hat, unternahm am Montag mit einer Dame aus Lugern eine Besteigung des Breithorn. Beim Aufstieg löste sich eine Schneedecke und beide stürzten in den Abgrund. Andere Kolonnen, die den Sturz bemerkt hatten, versuchten sie zu retten, jedoch waren ihre Kräfte zu kurz. Eine von Zermatt aus unternommene Rettungsaktion konnte gestern die beiden Leichen bergen. Berren, der 68 Jahre alt war, war bereits vor einigen Jahren ebenfalls am Breithorn abgestürzt. Damals mußte er 1 1/2 Tage in einer Gletscherpalte neben der Leiche seines Begleiters ausharren, bis er gerettet wurde.

Wolkenbrüche in Südtalien

Infolge heftiger Wolkenbrüche ereignete sich in San Giovanni in Fiore ein Erdbeben, das zwei Häuser völlig zerstörte. Bis jetzt sind vier Tote und vier Schwerverletzte zu verzeichnen.

Das Ende eines Tieres

In Lodz hat die sechzehnjährige Josefina Kowaleczk ihre Vater erschossen, als dieser sie zu vergewaltigen suchte. Kowaleczk hat sich bereits öfter an seiner Tochter zu vergehen versucht.

Der Mann als Frau

Auffallend zahlreich sind die Fälle von Bisexualität, die in der letzten Zeit in der Türkei bekannt geworden sind. So heiratete ein Bauer aus der Umgegend von Merzina vor kurzem das schönste Mädchen aus seinem Dorfe. In der Hochzeitsnacht mußte er jedoch feststellen, daß seine Frau ein Mann war. Das Mädchen wurde daraufhin von ihren Eltern in ein Krankenhaus geschickt, aus dem es einige Tage später nach Vornahme einer leichten Operation als vollgültiger Mann entlassen werden konnte. „Es“ hatte nun einen männlichen Namen angenommen und ist in Merzina Hofarbeiter geworden.

Der Türken glaube und das Hutgefeß

Auf Grund des türkischen Hutgesetzes wagen die Leute in Istanbul nicht, mit einem Hut auszugehen, weil ihnen das langjährige Zuchthausstrafen eintragen würde. Aber Tausende tragen doch entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen des Hutgesetzes Hüte ohne Krempe oder Mützen, die sie verkehrt aufgesetzt haben. Der Mohammedaner muß nämlich nach der religiösen Überlieferung beim Gebet, das fünfmal am Tage zu sprechen ist, eilige Male den Erdboden mit der Stirn berühren und dabei die Kopfbedeckung aufheben, was bei einem Hut mit Krempe unmöglich ist. Die Polizei macht nun in den nichttürkischen Vierteln systematisch Jagd auf Leute, die gegen das Hutgesetz verstoßen, und nimmt deshalb täglich Dutzende von Verhaftungen vor; in den rein türkischen Vierteln dagegen hält sie sich vorläufig zurück. So läßt der Fastenmonat Ramazan die Scheidung zwischen den schon europäisierten und den rein türkischen Vierteln Stambuls sehr deutlich hervortreten. In Pera und Galat faßt außer den Geistlichen kaum jemand, in den östlichen Vierteln Stambuls sieht man schon in den Höfen aller Moscheen Dutzende hungriger Fallender den ganzen Nachmittag lehnlich auf den Untergang der Sonne und das Ende des Fastens ansehenden Kanonenschuß warten; in den rein türkischen Vierteln Fatih und Karagömrük aber wird das Fasten noch von allen gehalten; die Bevölkerung schläft bis in den Mittag, hungert dann am Nachmittag und stürzt sich sofort nach Sonnenuntergang nach alter Sitte hungrig und durstig in alle Kaffeehäuser, Bäder und Restaurants, um nun die ganze Nacht zu essen und lustig zu sein, bis am anderen Morgen bei Sonnenaufgang wieder das Fasten beginnt.

Überführung der toten Eismeerflieger nach den Vereinigten Staaten

Ein russischer Flieger hat die Leichen des Fliegers Gieson und des Mechanikers Borland an Bord des vom Eis blockierten Dampfers „Kamul“ gebracht. Von dort aus sollen die Leichen durch amerikanische, russische und kanadische Flugzeuge bis Kame (Maska) übergeführt und dann nach den Vereinigten Staaten zur Bestattung gebracht werden.

Opfer der Alkoholsucht in Amerika

Vor kurzem war berichtet worden, daß fünf junge Leute, die eine für Automobile bestimmte aus Glycerin und Methylenalkohol bestehende Flüssigkeit für Wein gehalten und getrunken hatten, daran gestorben waren. Eine ähnliche Meldung geht bereits heute wieder durch die amerikanischen Blätter. Bei einer Autofahrt genossen vier junge Leute im Alter von sechzehn und siebzehn Jahren methylenalkoholhaltigen „Whisky“, den sie unterwegs gekauft hatten. Die traurige Folge war, daß einer von ihnen sofort tot umfiel, zwei andere dem Tode nahe sind, und ein sechzehnjähriges Mädchen erblindet ist.

Mord im Dresdener Schloß

Am Mittwoch vormittag wurde auf dem Korridor einer Wohnung im ehemaligen königlichen Schloß in Dresden die 47 Jahre alte Wirtin Marie Schöner in einer blutigen Aufregung aufgefunden. Die Schwerkverletzte, die durch die linke Seite in den Kopf geschossen worden war, ist auf dem Transport ins Krankenhaus verstorben.

Der Tatverdächtige ist der 21 Jahre alte, inzwischen verurteilte Stiefsohn der Ermordeten, ein bisher in einem Dresdener Geschäft als Laufbursche beschäftigter Rudolf Hartter. Hartter hat mit seiner Stiefmutter wiederholt Differenzen gehabt, deren Verlauf er ihr mit Falschheiten drohte. In letzter Zeit schloß sich die Stiefmutter dadurch zu, daß Frau Schöner drohte, ihren Stiefsohn wegen Unreifeiten der Polizei zu melden. Hartter hat die Tat bisher geleugnet. Er hat sich jedoch bereits in Widersprüche verwickelt. Seinem Arbeitgeber ist aufgefallen, daß er sich am Mittwoch bei den Besorgungen um drei Viertelstunden verspätete. Hartter will in dieser Zeit einen Brief geschrieben haben. Den Empfänger hat er jedoch noch nicht genannt.

Der Waffendiebstahl in Leipzig

30 Maschinengewehre und 170 Infanteriegewehre gestohlen 1500 Mark Belohnung ausgesetzt

Der Waffendiebstahl in der Kaserne des Reichswehr-Infanterieregiments 11 in Leipzig-Gohlis hat doch einen größeren Umfang gehabt, als ursprünglich nach den Angaben der Behörden anzunehmen war. Wie die „Börsche Zeitung“ erfährt, sind annähernd 30 Maschinengewehre und 170 Infanteriegewehre entwendet worden. Die Ermittlungen über den Waffendiebstahl haben ergeben, daß zum Abtransport der Waffen vermutlich ein Kraftwagen verwendet wurde. Für die Wiederherbeischaffung oder für die Verhaftung der Täter, die zweifellos sein können, wurde vom Landesverwaltungsamt eine Belohnung von 1500 Mark ausgesetzt, deren Verteilung unter Ausnutzung des Schweregesetzes erfolgen soll.

Feuerwehr in die Elbe gefallen

In Pirna (Sachsen) hat sich eine an ein Lastauto angehängte Motorpumpe selbständig gemacht, indem sie das eisernen Geländer der Elbebrücke durchbrach und 20 Meter tief in die Elbe stürzte. Es gelang, die 18 Zentner schwere Spritze wieder herauszufischen. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Wendung im Hallenser Verleicherungs-mord

Durch die Arbeit des Sonderbezirksrats der Hallenser Kriminalpolizei in Magdeburg ist die Ermordung des Hallenser Verleicherungsleiters Bauer in der Nacht vom 18. zum 19. Dezember 1929 ziemlich aufgeklärt. Während die Chefrau Bauer am Mittwoch mittag aus der Haft entlassen werden konnte, hat der Verdacht gegen den Privatdetektiv Peters sich erheblich verstärkt, daß in ihm der alleinige Urheber der Verleicherung gesehen wird. Offenbar hat Frau Bauer geradezu in einem Horrorszenario die Verleicherung gestanden. Der Beweggrund der Verleicherung war vermutlich die Absicht, die ahnungslose Ehefrau Bauer zu heiraten, um dadurch in den Besitz der Verleicherungsgelder zu gelangen.

Nur einige Feststellungen

Die „praktische“ Arbeit der A.P.D. für die Erwerbslosen

In Berlin-Kreuzkottbus stürmten vor einigen Tagen verhegte Kommunisten den Tagesraum für Erwerbslose, weil sich hier einige Reichsbannerleute aufhielten. Bei diesem hinterlistigen Überfall wurde ein Arbeiter am Kopf verletzt, zugleich wurde den Erwerbslosen die Einrichtung des Tagesraums kurz und klein geschlagen. Den Schaden davon hatten die Kreuzkottbuser Erwerbslosen.

In Gura versuchten die Kommunisten der Thälmann-Richtung und der Brandler-Gruppe sich gegenseitig die Führung der Erwerbslosen streitig zu machen. Nachdem bereits eine Versammlung wegen gegenseitiger Beschimpfungen aufgelöst war, ersuchte eine zweite Kommunistenversammlung dasselbe Schicksal. Die Kommunisten titullierten sich gegenseitig als Lumpen, Arbeiterverkünder und boten sich Prügel an. Bereitwillig ließen die Arbeitslosen auseinander.

In Plauen versuchten die Kommunisten einen Demonstrationzug. Als sich ihm die Polizei entgegenstellte, rissen die Demonstranten von einem Gartenzaun Latten ab und gingen gegen die Polizei vor. Gleichzeitig wurde die Polizei mit Steinen beworfen. Die Folge war, daß ein Teil der Demonstranten verhaftet wurde. Ein A.P.D.-Mitarbeiter sagte, man müsse gegen die Polizei noch ganz andere Mittel anwenden.

In Erfurt kündete ein A.P.D.-Mitarbeiter in einer Erwerbslosenversammlung den nahe bevorstehenden Ausbruch der Weltrevolution an. Für diesen Tag wurde den Sozialdemokraten angekündigt, daß sie alle aufgehängt werden sollen. In der Diskussion traten zwei junge Sozialdemokraten dem konfuse Referenten entgegen und verteidigten das Erwerbslosenversicherungsgesetz. Sofort wurde ein kommunistischer Stoßtrupp in Bewegung gesetzt, der sich tätlich an dem Diskussionsredner vergriß.

Zur Vorbereitung ihrer großen Erwerbslosenaktion am 6. März haben die Kommunisten in den einzelnen Bezirken sogenannte Erwerbslosenkongresse einberufen, die nach der kommunistischen Presse im Zeichen der „Massen-Mobilisierung“ stehen sollen. Die bisherigen Veranstaltungen jedoch standen im Zeichen der Weite. Die eckelnde Mehrheit der Arbeiterklasse, insbesondere ihrer organisierten Teile, will von den A.P.D.-Kongressen nichts wissen.

Reichsanstalt und Reichshaushalt

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Haushaltsberatungen für das Rechnungsjahr 1930, das die Zeit vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 umfaßt, zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Seine Vorlage wird in den nächsten Wochen dem Verwaltungsrat beschließen, der ja nach dem Gehör des Gesamthaushalts der Reichsanstalt festzusetzen hat. Der Entwurf des Vorstandes weist einen Fehlbetrag von 33 Millionen Mark auf, der nach den gesetzlichen Bestimmungen der Reichsanstalt als Darlehen vom Reich zu gewähren ist. Der Fehlbetrag ist deshalb so hoch, weil die bezifferte Beitragserhöhung von 3 auf 3 1/2 Prozent am 30. Juni 1930 abläuft. Nur unter der Voraussetzung, daß die Beitragserhöhung um 1/2 Prozent über den 1. Juli hinaus fortgeführt wird, beträgt das Defizit zum 280 Millionen Mark.

Will man keine Sozial-Stras-Politik treiben, dann muß bei der Festlegung des Reichshaushaltes vor allem über die Frage eindeutig Klarheit geschaffen werden, welcher Beitrag ab 1. Juli für die Arbeitslosenversicherung gelten soll. Aus der Verantwortung dieser Frage ergibt sich dann, wie hoch der Darlehensbetrag sein muß, den das Reich an die Reichsanstalt zur Durchführung ihrer Aufgaben zu gewähren hat.

Der vormalige Reichsfinanzminister Dr. Brüning läßt sich nichts unversucht, diesen klaren Sachverhalt immer wieder zu verwischen, weil er so seine vielfachen Pläne zur Einparnung der Mittel anderer Sozialversicherungsanstalten in die Deckung des Defizits besser durchzuführen hofft. Wie er seine Pläne auch immer frisieren mag, sie sind in keinem Falle tragbar; denn jede Beanpruchung von Mitteln anderer Sozialversicherungsträger zur Durchführung der notwendigen Darlehen an die Reichsanstalt, hat selbst bei 100prozentiger Sicherung unerträgliche arbeitsmarktpolitische Rückwirkungen und darüber hinaus noch schlimmeres zur Folge. Wohin die Reise gehen soll, wird ganz offen in dem Organ des Deutschen Industrie- und Handelslages „Deutsche Wirtschaftszeitung“ ausgesprochen und zwar in einer Auslassung. Es heißt da: „Wichtig ist die Bereitschaft zu einer durchgreifenden Reform der Arbeitslosenversicherung in manchen Kreisen größer, wenn andere Träger der Sozialversicherung daran interessiert sind. Um eine solche Reform kommen wir auf keinen Fall herum; ohne sie hat auch der vorstehend erwähnte Vorschlag des gegenseitigen finanziellen Ausgleichs mittels der Sozialversicherungsbeiträge keinen Sinn; er würde die Sache nur komplizieren, die Schwierigkeiten aber nicht einmal hinauschieben.“

Auch der Reichsfinanzminister Dr. Brüning strebt diesem Ziele zu. Nach seinem neuesten Vorschlag soll die Reichsanstalt selbst dafür sorgen, daß Ausgaben und Einnahmen miteinander im Einklang stehen. Zu diesem Zwecke soll die Reichsanstalt auch die Möglichkeit erhalten, die Beiträge zu erhöhen, aber Herr Brüning weiß, daß dieser Weg praktisch versperert ist. Die Festlegung des Reichshöchstbetrages erfolgt nach dem gesetzlichen Bestimmungen durch den Verwaltungsrat. Bei der Beschlußfassung darüber haben die Vertreter der öffentlichen Körperschaften auf Grund des § 200 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auszusprechen. Die Entscheidung liegt also bei den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und beim Präsidenten der Reichsanstalt. So kommentiert Ministerialdirektor Weigert die Bestimmungen. Er sagt: „Insbesondere über die Befreiung der Mittel sollen deshalb nur die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entscheiden.“ Auch der bekannte Kommissar von Dr. Brüning erklärt, daß bei der Ausbringung der Mittel für die Arbeitslosenversicherung die Zustimmung der Vertreter der öffentlichen Körperschaften ausgeschlossen ist, aber selbst wenn eine

Wirkung der öffentlichen Körperschaften in Frage käme, wäre eine Beitragserhöhung mehr als zweifelhaft, da ihre Stellungnahme je nach den hinter ihnen stehenden politischen Einflüssen sehr unterschiedlich sein muß.

Im Verwaltungsrat ist also von vornherein eine Mehrheit gegen jede Beitragserhöhung vorhanden; denn zu den Vertretern der Arbeitgeber dürften in

Die Bege der Schwarzarbeiter!

„Deutschen Arbeitern ist die Landarbeit zu schmutzig“

So behauptet ein deutschnationales Blatt

Die deutschnationale „Niederdeutsche Zeitung“ schreibt:

„In Ergänzung unserer gestrigen Meldung... müssen wir leider noch feststellen, daß es der deutschen Landwirtschaft nicht möglich ist, für die Rückkehr u. a. deutsche Hilfskräfte zu bekommen. Dank der unablässigen Verheerung der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse ist es so weit gekommen, daß deutschen Menschen die Arbeit auf deutscher Erde zu „schmutzig“ ist. (1)

Kann es sich ein verarmtes Volk wie Deutschland leisten, 2 1/2 Millionen Arbeitslose zu unterhalten und im gleichen Augenblick fremde Arbeiter ins Land zu holen, weil es bei uns außer den deutschen Bauern selbst keinen Menschen mehr gibt, der ihnen bei ihrer „schmutzigen“ Arbeit hilft? Der ganze Wahnsinn neudeutscher Sozialpolitik wird hier wieder einmal offenbar.“

Unzählige deutsche Arbeiter müssen in der Industrie und

dieser Frage vermutlich auch die beiden Vertreter kürzerlichen Angehörigenverbände kommen. Rollen sind aber auch deshalb ungleich verteilt, weil die Arbeitgeber mit größter Gelassenheit jede Beitragserhöhung vollziehen können. Wenn die Reichsanstalt keine Mittel hat, bleibt ja nichts weiter übrig, als die Leistungen abzubauen, wenn sie ihre Zahlungen nicht völlig einstellen darf. Diese Weise sollen die Vertreter der Arbeitnehmer den stärksten Druck gesetzt werden, um sie für den Ausbau Leistungen unfähig zu machen.

Unter diesen Umständen müssen die Pläne des Reichsfinanzministers Brüning über den Weg der Erwerbslosenversicherung, auf welchem Wege eine betriebliche Regelung möglich ist, haben die freien Gewerkschaften

Landwirtschaft wohl noch schmutziger Arbeit verrichten als der Rückkehr zu heißen. Die deutschnationalen Demagogen leumden die Millionen Arbeitslosen nur in der Absicht, die Landbevölkerung gegen das städtische Proletariat aufzuheizen. Die Wahrheit ist, daß die deutsche Landwirtschaft ihren Bedarf an Arbeitskräften sehr wohl selbst decken könnte. Wenn die Großgrundbesitzer und Schwarzarbeiter bevorzugt, so lediglich aus dem Grunde, weil diese sich weit unter den tarifmäßigen Löhnen anbieten und auf dem vielfach sich menschenunwürdige Arbeitsbedingungen auslassen.

Trotz der schlechten Erfahrungen gerade im Osten mit Schwarzarbeit melden sich heute auf Aufforderung zur Landarbeit Hunderte und aber Hunderte von Erwerbslosen. So gab er sich der Leiter des Arbeitsamtes in Mülheim a. d. Ruhr bekannt, daß eine einmalige Aufforderung, „zur Landarbeit nach dem Osten zu melden, sofort über 100 Anmeldungen gebracht habe. Täglich lesen noch weitere Meldungen ein. Dabei ist die Arbeitslosigkeit in rein ländlichen Gegenden selbst noch groß.

Das ist die Wahrheit. Sie paßt allerdings den deutschnationalen Zeitungen, die gegen den „Wahnsinn neudeutscher Sozialpolitik“ wettern, nicht in den Kram.

Krisenfürsorge muß erweitert werden!

Täglich 3000 Ausgesteuerte

Mit der steigenden Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung steigt gleichzeitig in geradezu bedrohlicher Form auch die Zahl der Ausgesteuerten. Ungefähr 3000 Arbeitslose wurden täglich in den letzten Wochen aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert. Nur wenige von ihnen können nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen Krisenunterstützung erhalten. Die Erweiterung dieser hemmenden Bestimmungen bzw. die Erweiterung der Krisenfürsorge ist daher außerordentlich dringend, um der furchtbaren Not hunderttausender Volksgenossen zu steuern. Es geht nicht an, die von der Krisenfürsorge Ausgeschlossenen der alleinigen Unterstützung durch die Gemeinden zu überlassen, deren Finanzlage durchweg eine menschenwürdige Unterstützung verbietet.

Die Einschränkungen der Krisenfürsorge, die Ende Juni vergangenen Jahres bei einer ungemein günstigeren Arbeitsmarktlage vom Reichsarbeitsministerium verordnet wurden, sind inzwischen in den Gebieten der einzelnen Landesarbeitsämter noch weiter zuzunehmen der Arbeiterklasse gestaltet worden. Das Organ des ADGB, die „Gewerkschaftszeitung“, konnte nachweisen, daß teilweise die Altersgrenze von 21 Jahren, die schon heute

Für die jugendlichen Arbeiter und ausgeleiteten Lehrlinge eine große Härte

darstellt, bis 25, ja bis 35 Jahre erhöht worden ist. Andererseits wurde vielfach die Zulassung zur Krisenfürsorge nur auf männliche oder sogar nur auf verheiratete Arbeitslose beschränkt. Mindererwerbsfähige sind auch Ehefrauen von dem Bezug der Krisenunterstützung völlig ausgeschlossen. Kleinere Orte sind häufig einmal aus der Krisenunterstützung herausgenommen worden. Nicht einmal die vom Reichsarbeitsminister zur Krisenunterstützung zugelassenen Berufsgruppen beziehen in Deutschland wirklich nach der Aussteuerung aus der Arbeitslosenversicherung die Krisenfürsorge. Wiederholt waren die

Bauarbeiter beim Reichsarbeitsminister,

um ihre Einbeziehung in die Krisenunterstützung zu erwirken. Über 200 000 Bauarbeiter haben in diesem Winter keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung stellen können. Schon im Winter 1928/1929 waren die Bauarbeitergruppen schwer benachteiligt. Die Baukonjunktur in den Sommermonaten war ungünstig, so daß Ersparnisse und Rücklagen nicht gemacht werden konnten. Nach einer Aufstellung des Bauergewerksbundes war die Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern nur in einem einzigen Monat, nämlich im Juni, bis auf weniger als 10 Prozent gesunken. Bei der Jahreswende wurden 70 000 Mitglieder allein des freigewerkschaftlichen Bauergewerksbundes ausschließlich Angehörigen, die ohne Arbeitslosenunterstützung und ohne Krisenunterstützung lediglich auf die Unterstützung der Gewerkschaft angewiesen waren.

Die Erweiterung der Krisenunterstützung muß unbedingt

Eigenwirtschaft

Immer zahlreicher werden die Berufsgruppen und Standesorganisationen, die sich nach dem Vorbilde der Arbeiterkassen mit den Fragen der Eigenwirtschaft befassen und sie auch energisch in die Tat umzusetzen versuchen.

Die Entwicklung auf diesem Gebiete ist noch lange nicht abgeschlossen, weshalb es für die große Masse der Arbeiterkassen von Bedeutung ist, ihre besondere Stellung zu dieser Frage festzustellen.

Diesem Zwecke soll die am Sonntag, den 2. März 1930, um 8 1/2 Uhr im großen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses aberaumte

Vollversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter

dienen, in der an 3 Stellen die Fortschritte und Erregnisse der letzten Jahre aufgeführt werden sollen.

Die Betriebsratsvorsitzenden werden hiermit aufgefordert, dafür zu sorgen, daß alle Betriebsräte und Vertrauensleute erscheinen.

Der Eintritt gegen Vorkaufung der Gewerkschaftsausweise ist frei.

auch die Berufsgruppe der un- und angeleiteten Arbeiter erfasst. Entsprechende Anträge sind ebenfalls an verschiedenen Ortsausschüssen des ADGB gestellt worden. In arbeitslosen Lohnarbeiter wechselfeier Art, vielfach in den mitteldeutschen Heimateregegenden zu Hause, leben unter trübseligen Verhältnissen. Die Arbeitersekretariate der freien Gewerkschaften dieser Gegenden sind

überlaufen von Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung erhalten. Die Not dieser Armeen verlangt dringende Abänderung der heute geltenden Krisenbestimmungen.

Für die Erweiterung der Krisenunterstützung sind vielfach gewaltige Mittel notwendig. 150 Millionen waren bereits in Etat eingelegt. Sie reichen jedoch nur zur Erfüllung der heutigen, wie wir darlegten, unzureichenden Krisenfürsorge aus. Es müssen dringend weitere Mittel flüssig gemacht werden um den Opfern der kapitalistischen Wirtschaft, denen die Arbeitslosenunterstützung gesperrt ist, sofort zu helfen.

• **Berichtigung.** Über die in der Sonnabendnummer unseres Blattes erfolgten Wahlen zum Ortsausschuß Breslau des ADGB, haben wir berichtigend nachzutragen, daß Rudolf Kuchelitz nicht als Vertreter der Schuhmacher, sondern als solcher des Verbandes der Sattler und Tapezierer gewählt wurde.

Die preussischen Spartakisten im Januar 1930

Wie der Amtliche Preussische Pressebericht einer Statistik der Deutschen Spartakisten-Zeitung“ entnimmt, betrug der Bestand der Spartakisten Ende Januar 1930 5746,7 Millionen Mark. Die Einnahmen betrugen 841,9, die Auszahlungen 421,5, der Überschuss im Januar demnach 220,4 Millionen Mark. Auf die einzelnen preussischen Provinzen verteilt, betrug der Bestand im Januar in Berlin 401,9 (Zuwachs: 2,8), Brandenburg 113,6 (Zuwachs: 18,2), Hannover 885,4 (33,4), Hessen-Nassau 305 (9,9), Niederschlesien 339,4 (11,8), Oberschlesien 106,7 (3,4), Ostpreußen 196,7 (6,8), Pommern 292,6 (11,6), Rheinland 1419,1 (31,7), Westfalen 861,2 (33,5), Sachsen, Thüringen, Anhalt 465,3 (22,4), Schleswig-Holstein 244,4 (12,3), Hohenzollernsche Lande 13,4 (1) Millionen Mark. Der Stand der Einnahmen und Ausgaben betrug Ende Januar 888,8 gegenüber 876,9 Millionen Mark des Vormonats.

Gegen Breslauer Industriebearmung

Die Leitung des Breslauer Einzelhandels besaßte sich in einer Sitzung vom 17. Februar mit der Wirtschaftslage Breslaus und gab ihren Befürchtungen über den Rückgang des Breslauer Wirtschaftslebens in nachstehender, an den Breslauer Magistrat gerichteten Entschuldigungs-Ausdrück:

„Mit Bedauern haben wir feststellen müssen, daß eine Reihe größerer Betriebe ihre Arbeitsplätze von Breslau nach anderen Orten verlegen. Diese Maßnahmen erfüllen ja bekanntlich nicht nur uns, sondern die gesamte Wirtschaft mit größter Sorge.“

Jede weitere Schließung eines Betriebes erzeugt Arbeitslosigkeit, schwächt die Kaufkraft und ist unangenehm und schädlich dabei insbesondere gerade bei Einzelhandel unserer Stadt; der ohnehin über einen sehr erheblichen Umsatzzuwachs infolge der allgemein schlechten Wirtschaftslage zu klagen hat.

Wir vertreten die Ansicht, daß es Aufgabe der Stadt ist, mehr denn je die Schließung von privaten Betrieben in Breslau mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, aber darüber hinaus auch Maßnahmen zu treffen, die die Entstehung neuer Industrien, insbesondere solcher, die in Breslau noch nicht vorhanden sind, in die Wege leiten. Wir glauben, daß dies möglich ist durch eine Reihe großzügiger Konzessionen seitens der Stadtverwaltung, wie sie in einer so anormalen Zeit wie der heutigen auch er Allgemeinheit gegenüber unseres Gewerkschaftsbereichs zu rechtfertigen wäre.

Wir wissen, daß solche Bemühungen schon beachtet worden, sind aber der Ansicht, daß sie mit viel größerem Nachdruck betrieben werden müßten.

Die französische Außenhandelsbilanz, die im Jahre 1929 mit über 8 Millionen Franken im Defizit geblieben ist, weist für Januar 1930 eine neue Rekordsumme auf. Das Jahrverhältnis beträgt nicht weniger als eine volle Milliarde (bei 4,78 Milliarden Einfuhr und 3,7 Milliarden Ausfuhr), während der Dezember 1929 ein Defizit von nur 600 Millionen gebracht hatte. Was aber vor allem bedenklich stimmen muß, ist die starke Einfuhr von Fertigfabrikaten nach Frankreich. Die französische Industrie ist also demnach mit ihren Preisen nicht mehr konkurrenzfähig zu sein.